

## Wort zum Sonntag: "Chancenspiegel" und "Chancengerechtigkeit"

„Kultusminister müssen noch viel lernen“

Von Eberhard Keil

Am Dienstag vorletzter Woche wurden die Zeitungsleser bundesweit mit den Ergebnissen des „Chancenspiegels“ der Bertelsmann-Stiftung und der „Universitäten Dortmund und Jena“ konfrontiert. Große Schlagzeilen auf den Titelseiten der regionalen und überregionalen Presse und ganzseitige Berichte mit viel Grafik sprachen das Verdikt der „Gutachter“ aus: „Kultusminister müssen noch viel lernen“ (Stuttgarter Nachrichten). Der Medienkonzern Bertelsmann, mit dem die gleichnamige Stiftung aufs Engste verwoben ist, spielt sich also als oberste Instanz des bundesdeutschen Bildungswesens auf, indem er diese Gutachtertätigkeit über die Stiftung finanziert und mit Wucht durch Presse und andere Medien verbreitet.

Der „Chancenspiegel“ ist ein „Projekt der Bertelsmann-Stiftung und des Instituts für Schulentwicklungsforschung“, dessen wissenschaftliche Leitung Prof. Dr. Wilfried Bos (Institut für Schulentwicklungsforschung TU Dortmund) und dessen Projektleitung Dr. Nils Berkemeyer (von 2002-2012 ebendort, seit 2012 Universität Jena) innehaben. Letzterer ist ein ausgebildeter Grundschullehrer (1999/2002 erstes und zweites Staatsexamen), welcher am Dortmunder Institut von 2002-2012 für die Arbeitsbereiche Drittmittel und Haushaltsmittel zuständig war und dessen Veröffentlichungen bzw. Forschungsinteressen die „Steuerung des Schulsystems“, „Netzwerke im Bildungsbereich“ sowie Schulmanagement umfassen. Soziologische Themen, Lernentwicklung bei Kindern, Förderpädagogik oder ähnliche Schwerpunkte sucht man vergeblich. Dagegen hat sich Wilfried Bos mit Ganztagschulen und Lesekompetenzentwicklung auch selbst beschäftigt. Mit dem Projekt „Chancenspiegel“ verfolgen ihre Initiatoren das Ziel, zu mehr „Transparenz über Chancengerechtigkeit“ beizutragen. Schauen wir uns diese Meta-Studie, welche auf das statistische Datenmaterial der Jahre 2010-2012 zurückgreift, einmal genauer an.

*Mephisto über die Logik von „Chancengerechtigkeit“ = IDKZ*

„Wer will was lebendig's erkennen und beschreiben,  
Sucht erst den Geist heraus zu treiben,  
Dann hat er die Theile in seiner Hand,  
Fehlt leider! nur das geistige Band.“

## 1. I wie „Integrationskraft“

In der Bertelsmann-Studie wird die sogenannte „Chancengerechtigkeit“ des Schulsystems in vier Bereichen untersucht: Integrationskraft – Durchlässigkeit – Kompetenzförderung – Zertifikatsvergabe. Die Bundesländer werden für jeden Bereich in eine obere, mittlere oder untere Gruppe eingestuft, wobei lediglich Bayern und Rheinland-Pfalz in keinem Bereich der Verlierergruppe angehören, dafür aber dreimal nur mittelmäßig sind. Damit stellt die Studie allen Kultusministern mindestens eine Aufholaufgabe. In Baden-Württemberg betrifft dies die „Integrationskraft“, bei der die östlichen und nördlichen Bundesländer führend sind. Obwohl hier sechs Datenbereiche (Items) ausgewertet werden, geht es dabei nur um Förderschulen und Ganztagschulen (je drei Items). Je höher der Anteil an Förderschülern in einem Bundesland ausfällt, je mehr von ihnen Förderschulen (sie werden als „Exklusion“ diffamiert) besuchen und – logischerweise umgekehrt – je weniger von ihnen auf allgemeine Schulen gehen („Inklusion“), umso schlechter steht es um die „Chancengerechtigkeit“. Die Qualität der Diagnostik und die herausragende Förderung in Förderschulen spielen dabei ebenso wenig eine Rolle, wie die unerforschten Probleme, welchen Förderschüler in allgemeinen Schulen ausgesetzt sein könnten, z.B. Elendsgefühle, ganz zu schweigen von Fragen der Organisation, der Betreuung in den „inkluisiven“ Schulen und deren Finanzierung. Würde man also Förderbedarf einfach ignorieren und gar keine Schüler mehr als Förderschüler ausweisen und würde man alle Förderschulen schließen, dann wäre diesbezüglich die „Chancengerechtigkeit“ vollkommen. Der „wissenschaftliche“ Anspruch der Studie kann nicht sehr groß sein, wenn solches nicht einmal reflektiert wird und wenn in ihr selbst die banalste Logik keinen Platz hat. Was bleibt, ist eine Aufforderung zum behindertenfeindlichen Menschenversuch: Weg mit den Förderschulen, auch wenn man nicht weiß, was dann aus den Kindern wird. Um den zweiten Teil der „Integrationskraft“ ist es nicht viel besser gestellt: Je mehr Schüler Ganztagschulen besuchen, je mehr Schulen Ganztagschulen sind, umso größer die „Chancengerechtigkeit“. Sperrt alle Kinder und Jugendlichen von früh bis spät in der Schule ein, dann ist die Welt in Ordnung. Kein differenzierender Gedanke, dass das traditionelle deutsche Halbtagschulsystem vielfältige Bildungschancen jenseits der Schule ermöglichte, den Kindern Freiheit, Selbstständigkeit, Rückzug aus dem Massenbetrieb, „freie Zeit“, Glück und Integration in das allgemeine gesellschaftliche Leben gewährte. Kein kritischer Gedanke, kein Respekt vor den Rechten der Kinder, über die man statistisch „chancengerecht“ einfach verfügt, noch weniger Sensi-

bilität als gegenüber der Massentierhaltung für die psychischen Belastungen, denen Kinder in den Massenschulen ausgesetzt sind. Eine seltsame „pädagogische“ Wissenschaft der Herren Bos und Berkemeyer, die man „vulgo“ auch einfach als Kinderfeindlichkeit bezeichnen könnte. In einer solchen „Studie“ auf den letzten Plätzen zu landen, ehrt Baden-Württemberg.

## 2. K wie „Kompetenzförderung“

Ein Blick auf die anderen Bereiche: „Kompetenzförderung“ scheint auf den ersten Blick gut zur „Chancengerechtigkeit“ zu passen, wobei der zweite Blick dann ziemlich enttäuscht, denn es wird keineswegs umfassend ermittelt, wie die Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen insgesamt in und außerhalb der Schulen gefördert werden, sondern es wird nur die – wenn auch bedeutsame – Lesekompetenz von Viertklässlern ins Auge gefasst, welche – Fazit der Studie – zwischen den Bundesländern um ein halbes Jahr Lernzeit auseinander driftet. Keine besonders dramatische Größe, wenn in den Grundschulen unterschiedliche Akzente gesetzt werden. Warum sollten bei den Schulkindern zwischen Lesen, Schreiben, Rechnen und Naturverständnis nicht ähnliche Ungleichzeitigkeiten entstehen wie bei Kleinkindern das Sprechen und Laufen oder bei pubertierenden Jungen und Mädchen Einstellungen, Verhalten und Schulleistungen? Doch die Einteilung in drei Gruppen schafft wieder Sieger (östliche Bundesländer), Verlierer und Mittelmäßige, worunter sich diesmal Baden-Württemberg befindet. Der Grund für die Medaillenvergabe ist denkbar einfach: Bei den östlichen Bundesländern, die nur minimale Ausländerquoten haben, hat man die Items zum Abschneiden der Migranten, welche auf die Durchschnitt drückten, als *quantité négligeable* einfach weggelassen und die geringere Spreizung, die sich daraus ergibt gleich mehrfach in Rechnung gestellt. Um die Absurdität auf die Spitze zu treiben, kommt auf diese Weise Baden-Württemberg in die mittlere Gruppe, obwohl es sowohl die Leistungsschwächsten wie die Migrantenkinder am besten an die Leistungen aller Schüler heranführt und bei ihnen auch die höchsten Niveaus erzielt, während der Abstand zu den Spitzendurchschnitten der führenden Ostländer minimal ist (1-2 Monate). Das einzige west-östliche Bundesland Berlin, welches eine vergleichbare Migrantenquote aufweist wie Baden-Württemberg, landet bei allen Items abgeschlagen in der letzten Gruppe. Der Bereich „Kompetenzförderung“ kann wissenschaftlich nicht überzeugen, nicht einmal statistisch. Es ist eine willkürliche Manipulation von Zahlen und deren Deutung.

### 3. D wie „Durchlässigkeit“

Die „Durchlässigkeit“ der Schulsysteme und die „Zertifikatsvergabe“ sind Bereiche bloßen Formalismus‘ ohne Inhalt und ohne Wert. Verstand man bisher unter "Durchlässigkeit", dass Schüler und Schülerinnen gemäß ihrer Entwicklung, d.h. ihrer Leistungsfähigkeit, in eine ihnen angemessene Schulform wechseln können, in der sie sich besser entfalten, weder über- noch unterfordert werden, so macht der "Chancenspiegel" aus dieser pädagogischen Kategorie der Durchlässigkeit eine rein statistische und einseitige Rechengröße: "Aufstieg" (höhere Schule, Gymnasium) minus "Abstieg" (in 'niedere' Schule) gleich Bilanz. Bei dieser wird dann auch noch der Wiederholer-Anteil (Sitzenbleiben) abgezogen. Der Logik wird jeglicher Geist ausgetrieben, vor allem natürlich der pädagogische, bei dem selbst die Grundrechenarten nicht mehr stimmen, nach denen man "Durchlässigkeit" in beiden Richtungen ihrem Sinn nach addieren und nicht subtrahieren muss. Selbstverständlich ist nach dieser Logik die Abschaffung der verbindlichen Schulartempfehlung in Baden-Württemberg, die den Grundschulen pädagogische Entlastung bringt, ein wichtiger Beitrag zur "Chancengerechtigkeit", erhöht sie doch den Übergang aufs Gymnasium (und die Realschule), auch wenn es sich dabei überwiegend um lern- und denkfaule verwöhnte Kinder der Mittelschicht handelt, während die vielbeschworenen 'bildungsfernen Schichten' und Migranten erfahrungsgemäß zurückhaltender mit den Empfehlungen der Grundschule umgehen, d.h. deren Ratschläge eher befolgen. Ohne ein Regulativ, z.B. in Form einer Aufnahmeprüfung oder einem obligatorischen Schulwechsel am Ende der 5. Klasse bei erkennbarer Überforderung, wird zwar die Chancenspiegel-"Gerechtigkeit" besser, aber die tatsächliche Diskriminierung der benachteiligten Kinder nimmt zu. Das Optimum der „Durchlässigkeit“ im Sinne der Studie wäre ein Durchlauf durchs Gymnasium (nach Erwerb der Lesefähigkeit in Klasse 4) in kürzester Zeit (G1) ohne Wiederholung selbst bei hartnäckigstem Lernversagen, der Verzicht auf Benotung und die Absenkung aller Anforderungen - insbesondere des Abiturs - so dass allen Schülern (100%) die „allgemeine Hochschulreife“ erteilt werden kann.

### 4. Z wie „Zertifikate“

Dass die Zertifikat-Vergabe als ähnlich inhaltsleeres Kriterium für „Chancengerechtigkeit“ herangezogen wird, verwundert nun nicht mehr. Zwar fließt dabei als sinnvolles Negativ-Item der Anteil fehlender Schulabschlüsse in den Län-

dern ein, ansonsten aber herrscht auch hier die typische Tonnen-Ideologie, die man von Schweden oder der untergegangenen DDR her kennt: Je mehr Abitur-Abschlüsse umso besser. Dass die Qualität des Abiturs - immerhin des ältesten und bedeutsamsten Bildungsstandards im deutschen Schulwesen - darunter leidet, wird in Kauf genommen - bis hin zum Abitur für den Mülleimer. Schließlich wird so ein akademisches Proletariat erzeugt, welches den Unternehmen als Wegwerfware willig zu Diensten steht, welches als Praktikanten und Doktoranden alle Formen der Selbstausbeutung erduldet und sich von Zeitvertrag zu Zeitvertrag bettelt, dabei aber kaum noch in der Lage ist, die eigenen Lebenshaltungskosten zu decken, geschweige denn die einer Familie. Alle Illusionen von gesellschaftlichem Aufstieg durch Anstrengung, Leistung und Begabung zerstäuben, weil die wohlhabenden Schichten längst die Karrieren ihrer Sprösslinge anderweitig absichern. Die inflationäre Entwertung staatlicher Zertifikate durch deren zunehmende Anspruchslosigkeit kommt ihnen dabei durchaus gelegen, erleichtert sie doch die Profilierung von Elite- und "Exzellenz"-Einrichtungen mit exklusiver Zugangsregelung. Eine schöne "Chancengerechtigkeit", deren Ergebnis zum sozialen, beruflichen, ja existenziellen Nullum schrumpft! Baden-Württemberg gehört mit seinem hohen Abiturienten- und geringen Schulabbrecherquoten zur Spitzengruppe der Zertifikat-Vergabe. Kein Grund zu ungetrübter Freude.

### "Chancengerechtigkeit" und Propaganda

Die Meta-Studie von Bos und Berkemeyer hat nichts mit Wissenschaft zu tun. Sie ist ein ordinärer propagandistischer Missbrauch der Statistik. Ihre primitiven Botschaften und wahren Motive sind:

1. Steckt möglichst alle Kinder und Jugendlichen ganztägig in Einheitsschulen - das spart Kosten und erschließt dem Arbeitsmarkt das Reservoir der Frauen.
2. Macht die Schulen zu einem Durchlauferhitzer zum Abitur.

Pädagogische Ansprüche, Leistungshürden, Mindest-Bestehens-Anforderungen (Versetzung), substantielle Zertifikate kosten nur Geld und Zeit, fördern das "Anspruchsdenken" und sind überflüssig. Besser ist das verzweifelte Konkurrenz-Gerangel aller Schul- und Hochschulabgänger in Verbindung mit dem "Assessment" (Auswahl- und Testverfahren) der Unternehmen, um ein passgenaues und bereitwilliges Personal zu finden.

Der Begriff der "Chancengerechtigkeit" kam in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts im konservativen Milieu auf und er sollte zum "sozialistisch"-egalitären wie auch liberalen und am Leistungsgedanken orientierten Begriff der "Chancengleichheit" ein Gegengewicht bilden. Die "Erziehungsleistung" der Mittel- und Oberschicht wurde darin als Legitimation besserer Bildungskarrieren ihrer Kinder anerkannt. Ein „Suum cuique“ der Privilegierten zur Rechtfertigung von Ungleichheit. In der Folgezeit sprangen auf diesen windigen Gaul noch alle möglichen Kräfte auf, insbesondere die Stiftungen der Wirtschaft, die bemerkten, wie gut man ihm - sozialdemagogisch verbrämt - eigene Interessen im Bildungsbereich aufsatteln konnte. Deren finanziellen Mittel auf der einen Seite, das Aushungern des "schlanken Staates" insbesondere im Schul- und Hochschulbereich auf der anderen, machten es möglich, dass an den Universitäten die neue Spezies von "Drittmittel-Wissenschaftlern" à la Bos und Berkemeyer entstand, die von ihren Finanziers materiell abhängig sind, die deren Propaganda-Begriffen unverfroren die Aura der Wissenschaftlichkeit verleihen, sowie umgekehrt sie von den Stiftungen die Weihe als "ausgewiesene Bildungsforscher" erhalten und in allen Aufsichtsräten zu finden sind.

### Was die Kultusminister lernen sollten

Der "Chancenspiegel" wirft nicht nur ein Licht auf den lächerlichen Anspruch von "Wissenschaftlichkeit" zweier Professoren, die sich in der Presse mit den „Universitäten Dortmund und Jena“ gleichsetzen lassen (das müsste eigentlich deren Rektoren auf den Plan rufen), es zeigt auch die rücksichtslose Einmischung und den schädlichen Einfluss der Bertelsmann-Stiftung auf die Bildungspolitik unseres Landes. Man sollte dieser Stiftung schleunigst die steuerprivilegierende "Gemeinnützigkeit" absprechen, denn sie ist eher „gemeingefährlich“. Auch in Baden-Württemberg hat man mit der Familien-Stiftung Würth, die ihre Lobbyistin und deren Fratton-Anhang bis ins Kultusministerium platzieren konnte, solche "Experten"-Erfahrungen der besonderen Art gemacht, die seit Mitte dieser Woche hoffentlich der Vergangenheit angehören. Hier scheint ein Kultusminister tatsächlich etwas gelernt zu haben.

### Nachtrag für Baden-Württemberg

Die UNO-Behindertenrechtskonvention von 2006 hatte mit dem Begriff der „Inklusion“ vor allem das erbärmliche Schicksal Behinderter in vielen armen Ländern im Sinn und die Marginalisierung, weshalb die deutschsprachigen

Länder dies mit „Integration“ übersetzten, denn die Ziele ihrer Förderschulen liegen ja in der Ermöglichung von gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe wie auch der bestmöglichen Ausbildung des Kindeswohls in diesem Prozess. Die willkürliche Verpflanzung von Förderschülern ohne erwiesene Gewähr mindestens gleichwertiger Förderung und gesteigerten Glücksgefühls ist eine verantwortungslose Rücksichtslosigkeit gegenüber den behinderten Kindern. Die Vertreter einer solchen Politik gehen der Expertise der überwiegenden Mehrheit aller Sonderpädagogen konsequent aus dem Wege und sie bedienen sich auch hier vor allem der Dienste von „Drittmittel-Wissenschaftlern“.

Auch die Ganztagschule entspringt sicher nicht dem Wunsch der Kinder, ihre Nachmittage und ihre Freizeit in der Schule zu verbringen, sondern dem Wunsch und der Notwendigkeit der Eltern und der Wirtschaft, dass die Erwachsenen einer ganztägigen Berufstätigkeit nachgehen können. Sie ist auch pädagogisch weniger wertvoll als die freie Gestaltung der Nachmittage im gesellschaftlichen Umfeld (Verein, Freundeskreis), wo man viele Fähigkeiten (v.a. Selbstständigkeit und Selbstorganisation) und Interessensgebiete fördert und die zugleich ein gesundes physisches und psychisches Gegengewicht zum Schülerdasein darstellt. Sie wäre zudem auch nicht notwendig, wenn man allen Erwachsenen mit kleinen Kindern gesetzlich eine vernünftige Arbeitszeit (z.B. fünf mal fünf oder sechs Stunden) bei ordentlicher Bezahlung ermöglichen würde. Ganztagschulen sind lediglich ein notwendiges Übel unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen, oft zu Lasten der Kinder, und viele – nicht alle – der heutigen Erwachsenen sind froh, dass sie in ihrer Kindheit und Jugend das Klingeln am Ende der 6. Stunde bewusst erleben durften.